



Presse-Information

Europa ist auf dem falschen Weg - aber kaum einer will raus aus der EU Ipsos Global Advisor: Größter Pessimismus in Spanien, Italien und Frankreich

Hamburg/Berlin, 21. März 2014. Rund zwei von drei Befragten (68%) sind der Meinung, dass die Europäische Union sich auf dem falschen Weg befindet. Das ergab eine Global@visor-Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts Ipsos unter mehr als 8000 Bürgern in zehn europäischen Ländern (Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Ungarn, Italien, Niederlande, Polen, Spanien und Schweden).

Der Pessimismus ist am größten in Spanien, Italien und Frankreich, wo rund drei Viertel der Befragten (76%, 77% bzw. 77%) denken, dass sich Europa auf dem falschen Weg befindet, und am niedrigsten in Polen, Ungarn und Deutschland, wo nur 61 Prozent diese Meinung teilen. In sechs Ländern (Polen, Ungarn, Belgien, Spanien, Italien und Frankreich) sind die Menschen allerdings noch mehr besorgt über die Richtung, in die ihr eigenes Land steuert. Nur in Deutschland, Großbritannien und Schweden sind die Menschen optimistischer über ihre nationalen Situation.

Einfluss der EU auf nationale Politik wird als negativ wahrgenommen

Die meisten Menschen in den befragten Ländern glauben, dass die Europäische Union eine sehr wichtige Rolle in vielen Politikbereichen spielt, insbesondere in der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Gesetzgebung. Aber auch hier gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern – so sind die Spanier am häufigsten der Ansicht, dass die EU Einfluss auf die nationale Wirtschaft, Arbeitsplätze und die Finanzen der Regierung hat, während die Briten, Deutschen und Polen besonders den Einfluss der EU auf die Einwanderungspolitik hervorheben.

Insgesamt sind die Befragten der Ansicht, dass sich der Einfluss der EU eher negativ als positiv auf die nationale Politik auswirkt. Sie sind besonders skeptisch über den EU-Einfluss auf ihre nationalen Regierungen – auf die Finanzen und die Fähigkeit, Entscheidungen im besten Interesse des Landes zu machen - aber weniger besorgt über die Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen. Das geografische Muster wiederholt sich auch hier. Befragte in Polen, Ungarn und Deutschland sehen die Wirkung der EU im Allgemeinen positiver, während Befragte in Spanien, Italien und Frankreich kritischer sind.

Kaum jemand will die EU verlassen

Mit 18 Prozent wollen relativ wenige der befragten Europäer die Europäische Union verlassen. Zwar ist eine Mehrheit dafür, in der EU zu bleiben, dann aber deren Befugnisse zu reduzieren (34%). Nur jeder Fünfte möchte die Befugnisse der EU weiter gestärkt sehen (18%), oder gar, dass die Politik langfristig auf eine einheitliche europäischen Regierung hinarbeitet (18%).

Jedoch gibt es auch bei dieser Frage deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Die Schweden (69%), Briten (68%) und Holländer (68%) sprechen sich am ehesten dafür aus, die Macht der EU zu beschneiden oder die Union sogar zu verlassen. Befragte in diesen Ländern glauben ebenfalls am stärksten daran, dass anti-europäische Bewegungen die nächsten Europawahlen in ihrem Land gewinnen werden (60%, 56 % bzw. 57%).

Auf der anderen Seite befürwortet etwa die Hälfte der Befragten in Ungarn (54 %) und Deutschland (48%) eine Ausweitung der Befugnisse der EU oder die Bildung einer einheitlichen europäischen Regierung. Diese Anteile sind in Italien (49 %) und Spanien (48%) ähnlich hoch, obwohl diese Länder die EU in anderen Bereichen äußerst kritisch sehen.

Besorgnis über die Auswirkungen der EU auf die Wirtschaft

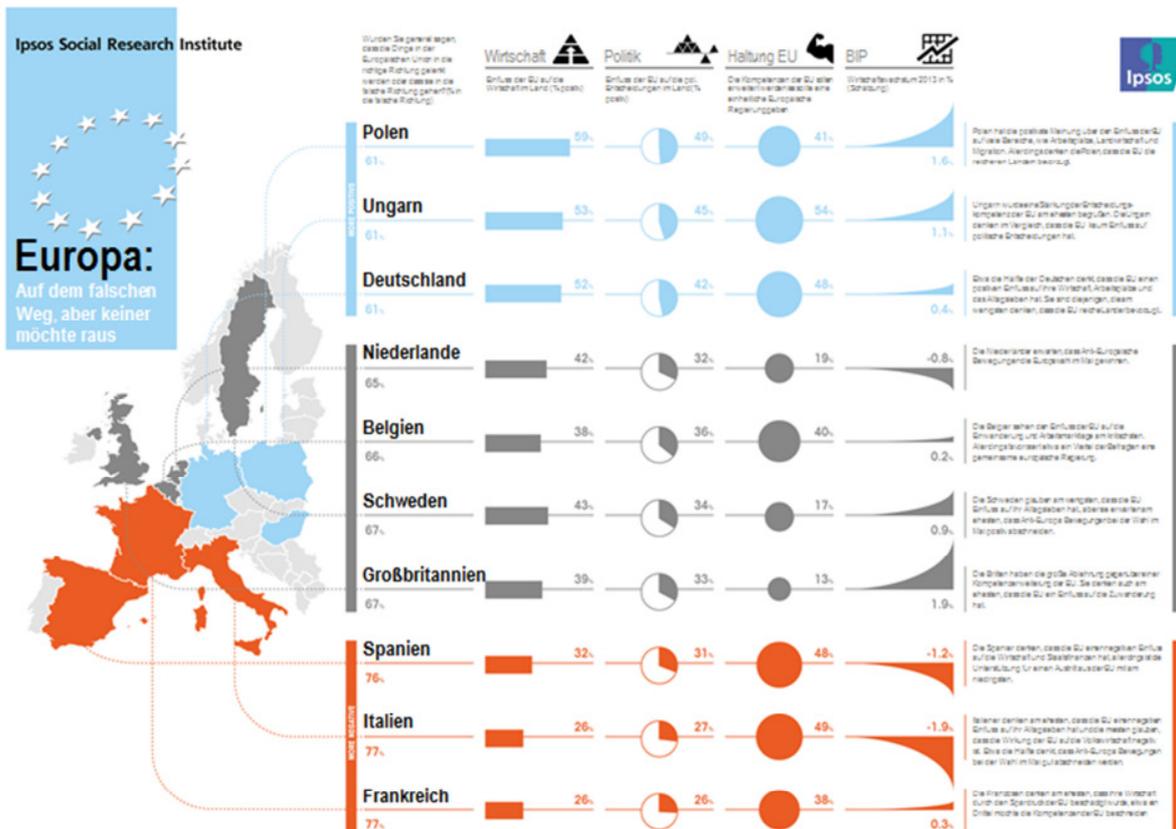
Die Wirtschaft ist der Bereich, bei dem Einfluss der EU am stärksten wahrgenommen wird. Allerdings denkt eine Mehrheit der Befragten (59%), dass dieser Einfluss negativ ist – ebenso wie der Einfluss der EU auf den Arbeitsmarkt (61%). Diese Meinung ist eng mit dem Sparprogramm der EU verknüpft. Rund 64 Prozent glauben, dass die Wirtschaft ihres Landes durch den Druck der EU auf Euro-Mitgliedsländer, ihre Ausgaben zu kürzen, geschädigt wurde. Auch hier gibt es deutliche Meinungsunterschiede zwischen den Ländern, die oft mit den Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise zusammenhängen. Die Befragten in Frankreich (74%), Italien (74%) und Spanien (68%) sehen die Auswirkungen der EU auf die Wirtschaft besonders kritisch und über 70 Prozent glauben, dass die Sparanstrengungen ihrer nationalen Wirtschaft geschadet hat. Dagegen denkt mehr als die Hälfte der Befragten in Polen (59%), Ungarn (53%) und Deutschland (52%), dass ihre Wirtschaft von der EU profitiert.

Dr. Alexander Glantz, Sozialforscher bei Ipsos, dazu: „Insgesamt ist nur jeder dritte Befragte davon überzeugt, dass sein persönlicher Lebensstandard von dem Beitritt seines Landes zur EU profitiert hat. Und wir konnten feststellen, dass nicht alle Europäer der Meinung sind, bei der EU ginge es fair zu. Denn große Mehrheiten in Spanien (73%), Italien (71%) und Polen (64%) glauben, dass die EU den reicheren Länder einen unfairen Vorteil gegenüber ärmeren Ländern gewährt, in Deutschland sind dagegen nur 39 Prozent dieser Ansicht.“



Kontakt Ipsos Pressestelle
Gudrun Witt
Gudrun.Witt@ipsos.com

Sachsenstraße 6
20097 Hamburg
Tel. 040 80096 4179



Die Grafik in lesbarer Auflösung finden Sie auf unserer Website. Eine druckfähige Vorlage erhalten Sie auf Anfrage. (Kontakt Daten siehe unten)

Steckbrief Ipsos GlobalAdvisor

Die Ergebnisse stammen aus einer Online-Befragung die von dem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut IPSOS durchgeführt wurde.

Befragt wurden etwa 7.028 Personen zwischen 16-64 Jahren. Die Stichprobe wurde aus dem Ipsos Global @dvisor Online Panel gezogen und gewichtet, um die Bevölkerung in den jeweiligen Ländern zu repräsentieren. Die Befragung fand zwischen dem 4. und 18. Februar in Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Ungarn, Italien, Polen, Spanien und Schweden statt. Pro Land nahmen rund 1000 Personen teil, mit Ausnahme von Belgien, Ungarn, Polen und Schweden, wo jeweils eine Stichprobe von ca. 500 Personen befragt wurde. Zusätzlich wurden in den Niederlanden 1.017 Personen zwischen dem 18. und 20. Februar online befragt. Diese Daten wurden nach Alter, Geschlecht, Bildung, Beschäftigungsstatus, Region und Wahlverhalten gewichtet, um die wahlberechtigte niederländische Bevölkerung abzubilden.



Kontakt Ipsos Pressestelle
 Gudrun Witt
 Gudrun.Witt@ipsos.com

Sachsenstraße 6
 20097 Hamburg
 Tel. 040 80096 4179

Über Ipsos und Ipsos Public Affairs:

Ipsos ist ein unabhängiges und innovatives Dienstleistungsunternehmen, das weltweit Services rund um die Markt- und Meinungsforschung anbietet. Um unseren Kunden bestmöglichen Service zu bieten, haben wir uns in sechs Forschungsbereichen spezialisiert. So bestimmen unsere engagierten Forscher Marktpotenziale, zeigen Markttrends, testen Produkte, Werbung und Dienstleistungen, erforschen die Wirkung von Medien und geben der öffentlichen Meinung eine Stimme. Und das in 85 Ländern auf allen Kontinenten. In Deutschland beschäftigen wir in unserem „Home of Researchers“ über 500 Mitarbeiter in Hamburg, Mölln, München, Frankfurt und Berlin.

Der Forschungsbereich **Ipsos Public Affairs** ist ein leistungsstarker Partner für Politik- und Sozialforschung in Deutschland. Er bietet Auftraggebern aus Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft Einblicke in die Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger.



Kontakt Ipsos Pressestelle

Gudrun Witt
Gudrun.Witt@ipsos.com

Sachsenstraße 6
20097 Hamburg
Tel. 040 80096 4179